

Inhalt

- 2 Gartenstadt:** Eine vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung veröffentlichte Forschungsarbeit zeigt, wie sich die Gartenstadtidee neu interpretieren lässt.
- 3 Hamburg:** Eine unabhängige Studie belegt, dass regulatorische Eingriffe und politischer Aktionismus fehl am Platz sind, denn der Mietwohnungsmarkt funktioniert.
- 6 Wettbewerb:** Der Bauherrenpreis 2018 wurde offiziell ausgelobt. Bis zum 1. Juni 2017 können sich Neubau- oder Modernisierungsprojekte sowie Mischformen bewerben.

Azubi-Kampagne der Wohnungswirtschaft gewinnt immobilienmanager Award 2017

Köln/Berlin – Die Azubi-Kampagne der Wohnungswirtschaft ist mit dem immobilienmanager Award ausgezeichnet worden. Beim großen Gala-Abend am 2. März 2017 in Köln wurden Preise in insgesamt 14 Kategorien verliehen. Die Azubi-Kampagne setzte sich in der Kategorie „Kommunikation“ gegen zwei weitere Nominierte durch. Der diesjährige Wettbewerb stand unter der Leitidee „Innovation ist gefragt. Innovationen werden gesucht.“



Foto: Steffen Hauser

Die diesjährigen Gewinner des immobilienmanager Awards, der am 2. März 2017 in Köln in 14 Kategorien vergeben wurde.

„In der Wohnungswirtschaft geht es um Menschen und Mieter, die möglichst gut wohnen und leben wollen. Dafür engagieren sich Wohn-Profis. Und um das auch langfristig weiterzuführen und gewährleisten zu können, brauchen wir gut ausgebildeten Nachwuchs. Mit der Azubi-Kampagne haben wir es geschafft, auf den tollen und wichtigen Beruf der Immobilienkaufleute aufmerksam zu machen und so viele neue Auszubildende zu gewinnen“, freute sich Axel Gedaschko, Präsident des Spitzenverbandes der Wohnungswirtschaft GdW.

Die Jury lobte die Kampagne: „Sie holt die jungen Menschen, vor allem Schulabgänger, die eine direkte Berufsausbildung suchen, dort ab, wo sie sind: Online, in den sozialen Medien oder dort, wo sie sich sonst häufig aufhalten. Die Kampagne bietet Antworten auf das, was junge Menschen suchen: eine mit Sinn erfüllte Berufs- und Lebensgestaltung.“

Die Kampagne wurde vom GdW und seinen Mitgliedsverbänden beauftragt. Die

Weiter auf Seite 2 ➔

Aktuelle Meldungen

Asylstatistik für das Jahr 2016

Im vergangenen Jahr sind in Deutschland 2.120 Menschen als asylberechtigt anerkannt worden, während 254.016 Flüchtlingsschutz und 153.700 subsidiären Schutz erhielten. Ein Abschiebungsverbot wurde in 24.084 Fällen festgestellt. Das ging aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke hervor. Hauptherkunftsländer waren laut Vorlage Syrien, der Irak und Afghanistan.

(wi)

Zahl der Studienberechtigten gestiegen

Im Jahr 2016 haben rund 453.000 Schülerinnen und Schüler in Deutschland die Hochschul- oder Fachhochschulreife erworben. Wie das Statistische Bundesamt mitteilte, waren das nach vorläufigen Ergebnissen 1,9 Prozent mehr Studienberechtigten als 2015. Die Veränderung verlief in den Ländern uneinheitlich. In Ostdeutschland stiegen sie insgesamt um 4,5 Prozent, in Westdeutschland um 1,5 Prozent.

(wi)

Jede zweite Firma beschäftigt Migrantinnen

Über 50 Prozent der Unternehmen in Deutschland haben Mitarbeiter mit Migrationshintergrund. Das ist das Ergebnis einer Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln, die am 4. März 2017 veröffentlicht wurde. In über 90 Prozent der Großunternehmen aber auch in 81 Prozent der mittleren und in 55 Prozent der kleinen Betriebe arbeiten Menschen mit ausländischen Wurzeln.

(wi)

Aus Liebe zum Quartier – Tag der Städtebauförderung 2017

Berlin – Der Tag der Städtebauförderung ist ein bundesweiter Aktionstag, der die Leistungen und Erfolge dieses bewährten Instruments der Stadtentwicklung öffentlichkeitswirksam präsentiert. Mit vielfältigen Veranstaltungen werden Bürgerinnen und Bürger zur Mitwirkung motiviert. Gleichzeitig stärkt der Tag so auch die Bürgerbeteiligung vor Ort.



Quelle: BMUB

In diesem Jahr findet der Tag der Städtebauförderung am 13. Mai statt. Bürgerinnen und Bürger können sich im ganzen Land davon überzeugen, wie Städtebauförderung funktioniert: vom sanierten Bürgerzentrum bis zum aufgewerteten Stadtpark.

„Mit dem Tag der Städtebauförderung zeigen wir, wie Städtebauförderung das Lebens-, Arbeits- und Wohnumfeld positiv verändert. Es würde mich freuen, wenn viele Städte und Gemeinden mitmachen und ihre Bürgerinnen und Bürger dazu einladen“, so Bundesbauministerin Dr. Barbara Hendricks.

Die Anmeldung für Städte und Gemeinden ist ab sofort bis zum 31. März mög-

lich. Die ersten Aktionstage 2015 und 2016 waren ein großer Erfolg: Zwischen 500 und 600 teilnehmende Kommunen lockten mit mehr als 1.000 Veranstaltungen über 100.000 Besucherinnen und Besucher an, die sich über die Städtebauförderung informierten sowie sich daran beteiligten, die eigene Kommune lebenswerter zu machen. (schr/kön) ■

➔ Weitere Informationen finden Sie hier: www.tag-der-staedtebaufoerderung.de

Das Comeback der Gartenstadt

Bonn – Was können Stadtplaner aus der mehr als 100 Jahre alten Idee der Gartenstadt lernen? Eine vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) veröffentlichte Forschungsarbeit reflektiert die Entwicklung von Gartenstädten, stellt Fallbeispiele vor und zeigt, wie sich die Gartenstadtidee neu interpretieren lässt.

Die Forscher untersuchten für das Projekt „Gartenstadt 21 – Vision oder Utopie?“ Fallbeispiele von Gartenstädten, die seit dem frühen 20. Jahrhundert entstanden sind. „Die Gartenstadtbewegung entwickelte damals einen Gegenentwurf zu der aus ihrer Sicht verdichteten und überlasteten Stadt“, sagt BBSR-Direktor Harald Herrmann. „Gleichzeitig versuchte sie, die Vorzüge des Ländlichen mit den Vorzügen des Städtischen zu verbinden. Das scheint angesichts des Wachstums unserer Großstädte auch heutzutage für viele wieder erstrebenswert.“

Der Wegbereiter der Gartenstadtbewegung, Ebenezer Howard, beschrieb die Gartenstadt als Siedlungsraum, der sich durch gemäßigte Dichten, viele Freiräume und geordnete Verkehrsverhältnisse auszeichnete. Gleichzeitig standen bezahlbarer

Wohnraum und genossenschaftliche Prinzipien wie ein Gemeineigentum an Grund und Boden im Zentrum des Gartenstadtmodells.

Die von den Forschern ausgewerteten Fallbeispiele zeigen: Das Leitbild der Gartenstadt wurde in seinem sozialreformistischen Ansatz nur selten konsequent umgesetzt. Ein kooperatives Planungsverständnis und die Beteiligung privater Bauherren und Genossenschaften an der Entwicklung der Quartiere sorgen aber dafür, dass gartenstädtische Ideen wieder in städtebauliche Planungen einfließen. Beispiele dafür sind viele in den 1990er Jahren entstandene Quartiere. Ansätzen der Flächenentwicklung durch Bauträgermodelle stehen dort zunehmend alternative Ansätze gegenüber, die Genossenschaften, Baugemeinschaften und kommunale Wohnungsgesellschaften

stärker in den Fokus rücken. Anders als die Gartenstädte der Nachkriegszeit sind diese Quartiere dicht bebaut. Sie zeichnen sich durch attraktive und miteinander vernetzte Grünflächen sowie viele gemischte Funktionen und Nutzungen aus. Auch nachhaltige Mobilitätskonzepte spielen eine große Rolle.

„Die Gartenstadt heute ist grün, urban und vernetzt. Sie lässt sich nicht mehr auf ein Leitbild für Stadterweiterung am Stadtrand oder Trabantenstädte auf der grünen Wiese reduzieren“, betont Herrmann. „Wichtig ist, dass diese Quartiere für Menschen mit unterschiedlichem Einkommen attraktiv bleiben.“ (schll/kön) ■

➔ Weitere Informationen zum Forschungsprojekt und Bezugsmöglichkeiten der Studienergebnisse sind auf der Website www.gartenstadt21.de abrufbar.

➔ Fortsetzung von Seite 1

Entwicklung und Umsetzung liegt in den Händen der BACHLER Werbeagentur. Seit 2009 macht sie erfolgreich auf die Vorteile und die Attraktivität des Berufes Immobilienkaufmann/-frau aufmerksam.

Deutschlandweite Beteiligung

Die Kampagne wurde bundesweit ausgerollt, sodass der Informations- und Image-transfer der gesamten Branche zugutekommt. Mitgliedsunternehmen des GdW binden die Kampagne oder Teile davon seitdem in ihren eigenen Webauftritt ein und

gestalten ihr Recruiting auf diese kostengünstige Weise attraktiv. Wie gut die Kampagne den Nerv trifft, belegt ihr Erfolg:



Quelle: immobilienmanager

Online zählt sie mittlerweile 1,4 Millionen Besucher. Ihre Videoclips wurden in YouTube 120.000 Mal angeschaut.

Rudolf M. Bleser, Geschäftsführer des Immobilien Manager Verlages Köln freute sich über einen gelungenen Wettbewerb und über die feierliche Veranstaltung und hob hervor: „In der Gesamtschau erleben wir, wie reich die Immobilienwirtschaft ist – reich an dynamischen Unternehmen und mutigen Köpfen.“ (kön) ■

➔ Weitere Informationen rund um die Kampagne gibt es unter www.immokaufleute.de und zum Award unter www.immobilienmanager.de/award

Neue Datenbank zu Wohnkosten online

Paris – Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung OECD hat eine neue Datenbank zu Wohnkosten im OECD-Raum veröffentlicht. Die „Affordable Housing Database“ soll Ländern dazu verhelfen, den Zugang zu qualitativ hochwertigen und bezahlbaren Wohnungen im Blick zu behalten und ihre Wissensbasis bei der Bewertung politischer Maßnahmen zu stärken.

Die Datenbank umfasst derzeit Indikatoren, die in drei Hauptdimensionen unterteilt werden: Wohnungsmarktkontext, Wohnungsbedingungen und öffentliche Maßnahmen für bezahlbares Wohnen. Jeder dieser Indikatoren stellt Daten zu einem bestimmten Thema, relevanten Definitionen und Methodik dar sowie wichtige

Ergebnisse. Die Indikatoren weisen auch auf Vergleichbarkeit, Daten und Quellen hin und enthalten, sofern relevant, auch länderübergreifende Rohdaten und beschreibende Informationen. Für Deutschland geht aus der Datensammlung unter anderem hervor, dass im Vergleich zu anderen OECD- und EU-Ländern hierzulande

nur ein kleiner Anteil der Haushalte durch übermäßige Wohnkosten belastet wird, unabhängig davon, ob es sich um Miet- oder Eigentumswohnungen handelt.

(buelkön) ■

➔ **Alles rund um die Datenbank finden Sie hier:**
<https://goo.gl/horPZ9>

AUS DEN VERBÄNDEN

Hamburger Wohnungsmarkt funktioniert

Hamburg – Die Hamburger Wohnungswirtschaft, vertreten durch den BFW Nord, den Grundeigentümer-Verband Hamburg den IVD Region Nord und den VNW Verband norddeutscher Wohnungsunternehmen, hat eine unabhängige Studie vom Center for Real Estate Studies (CRES) zum Hamburger Mietwohnungsmarkt erstellen lassen. Es wurden echte Mietmarktdaten von über 250.000 Mietwohnungen sowohl von privatwirtschaftlichen, städtischen und genossenschaftlichen Vermietern aus dem Jahr 2016 in Hamburg untersucht. Das Fazit der Studie lautet: Miethöhen und Fluktuationsraten belegen einen funktionierenden Mietwohnungsmarkt, sodass regulatorische Eingriffe und politischer Aktionismus fehl am Platz sind.

Hamburg ist als Metropole mit wachsender Bevölkerung seit langem ein begehrter Wohnstandort. Dies ist mit steigenden Immobilien- und Mietpreisen sowie sinkendem Wohnungsleerstand verbunden, insbesondere in den stark nachgefragten Stadtteilen. Von Wohnungsnot und explodierenden Mieten kann jedoch generell nicht die Rede sein.

Das Ergebnis

Mieter können in der Elbmetropole nach wie vor ausreichend Angebote zu marktrealistischen Konditionen finden. Hochgerechnet auf den gesamten Hamburger Mietwohnungsmarkt, der 697.000 Mietwohnungen umfasst, liegt die rechnerische Durchschnittsmiete bei 8,15 Euro pro Quadratmeter nettokalt monatlich. Ergebnis der Studie: 68 Prozent der Hamburger Mieten liegen zwischen 6,36 und 9,94 Euro pro Quadratmeter. Beim kommunalen Vermieter, der SAGA Unternehmensgruppe, und den Wohnungsgenossenschaften liegt die Durchschnittsmiete sogar nur bei 6,34 Euro pro Quadratmeter. Bei den privaten Vermietern liegt die Durchschnittsmiete bei 9,22 Euro pro Quadratmeter.

Die durchschnittliche Bestandsmiete der nicht preisgebundenen Wohnungen liegt in der Gruppe der städtischen und genossenschaftlichen Vermieter je nach Wohnlage bei 6,41 Euro pro Quadratmeter in normaler Wohnlage beziehungsweise 6,85 Euro pro Quadratmeter in guter Wohnlage. Die Bestandsmiete bei den privatwirtschaftli-

chen Vermietern beträgt im Vergleich dazu 8,78 Euro pro Quadratmeter in normaler Wohnlage und 10,17 Euro pro Quadratmeter in guten Wohnlagen.

Die Neuvertrags- beziehungsweise Wiedervermietungs-mieten liegen naturgemäß höher als die Bestandsmieten. Bei der SAGA Unternehmensgruppe und den Wohnungsgenossenschaften liegen diese bei 7,30 Euro pro Quadratmeter in guter Wohnlage, bei den privaten Vermietern sind es 10,39 Euro pro Quadratmeter in normaler Wohnlage und 11,51 Euro pro Quadratmeter in guter Wohnlage. Auch hier gilt: Mieter sind bereit, für Wohnungen in einer besseren Lage mehr zu zahlen.

Niedriger sind die Mieten bei den preisgebundenen Wohnungen. Die Mieten liegen hier zwischen 5,99 Euro pro Quadratmeter – das entspricht der Bestandsmiete der kommunalen und genossenschaftlichen Vermieter in einer normalen Wohnlage – und 8,49 Euro pro Quadratmeter. So zum Beispiel bei Neuvermietung durch einen privaten Vermieter in guter Wohnlage.

Auch die Höhe der ermittelten Fluktuationsrate, das heißt das Verhältnis der in einem Jahr neu vermieteten Wohnungen zum Gesamtbestand, spiegelt einen funktionierenden Mietwohnungsmarkt wieder. Die durchschnittliche Fluktuation über die gesamte Studie beträgt im Untersuchungszeitraum April 2015 bis April 2016 neun

Prozent. Die Fluktuationsquote lag bei den kommunalen und genossenschaftlichen Vermietern bei 8 Prozent und bei den privaten Vermietern bei 14,4 Prozent. Häufiger Mieterwechsel setzt ein entsprechendes Angebot attraktiver Wohnungen voraus.

Einschätzung der Hamburger Wohnungswirtschaft

„Die Studie verdeutlicht mir drei Dinge: Erstens: Hamburg ist nicht gleich Hamburg. Zweitens: Der Wohnungsmarkt ist angespannt. Drittens: Es gibt keinen Grund zur Panik. Die Hansestadt bietet ein heterogenes Wohnungsangebot. Dass es auch günstige Wohnungen gibt, zeigt nicht zuletzt die Durchschnittsmiete von 6,34 Euro der VNW-Mitgliedsunternehmen. Doch bezahlbare Mieten setzen bezahlbares Bauen voraus. Bei den hohen Bau- und Grundstückspreisen aktuell eine Herausforderung. Hinzu kommen die gestiegenen ordnungsrechtlichen und kommunalen Anforderungen. Hier benötigen wir dringend Lösungen. Das „Bündnis für das Wohnen“ ist dafür eine gute Grundlage. Wir werden uns dort weiterhin stark machen, damit der Wohnungsmarkt so heterogen bleibt und auch die Mieterinnen und Mieter mit geringerem Einkommen zum Zuge kommen“, so VNW-Verbandsdirektor Andreas Breitner.

(friikön) ■

➔ **Die Studie ist für Pressevertreter auf Anfrage bei allen beteiligten wohnungswirtschaftlichen Verbänden in gedruckter Form erhältlich.**

BBU-ZukunftsAward 2017 – Sechs vorbildliche Kooperationsprojekte von Wohnungsunternehmen ausgezeichnet

Bad Saarow – Gemeinsam kann man mehr bewegen: Das zeigen auch die mit dem BBU-ZukunftsAward ausgezeichneten Projekte. Diese wurden auf den diesjährigen BBU-Tagen, die vom 6. bis 8. März in Bad Saarow stattfanden, verliehen. Unter dem Motto „Erfolgsfaktor Kooperation“ geben sie einen Eindruck von der großen Vielfalt der Partnerschaften zwischen Wohnungsunternehmen, sozialen Trägern, Initiativen oder Bildungseinrichtungen. Der BBU-ZukunftsAward 2017 steht unter Schirmherrschaft von Brandenburgs Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie, Diana Golze.

Die Jury unter Vorsitz von **Almuth Hartwig-Tiedt**, Brandenburgs Staatssekretärin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie, vergab in den Kategorien „Genossenschaften“ und „Gesellschaften“ jeweils drei Preise.

BBU-Vorstand **Maren Kern**, gratulierte den Preisträgern: „Beim BBU-ZukunftsAward stehen in diesem Jahr Projekte von Wohnungsunternehmen und -genossenschaften im Fokus, die gemeinsam mit lokalen Partnern zum Wohle eines guten Miteinanders umgesetzt werden. Die Kooperationsprojekte dienen dabei nicht nur den Mietern, sondern unterstützen die Stabilisierung ganzer Quartiere und fördern die Integration vor Ort.“

Schirmherrin **Diana Golze** sagte: „Beim Wohnungsbau geht es in besonderem Maße um Lebensbedingungen und die Frage, wie verschiedene Menschen an einem Ort zusammenleben. Wohnungsunternehmen sind für das soziale Umfeld unverzichtbar. Aber natürlich können sie das nicht alleine gestalten. Für das friedliche Zusammenleben verschiedener Generationen und Nationalitäten sind viele verschiedene Akteurinnen und Akteure aus den unterschiedlichsten Bereichen gefragt. Deswegen freue ich mich sehr, dass der ‚Erfolgsfaktor Kooperation‘ im Mittelpunkt des BBU-ZukunftsAward 2017 steht.“

Kategorie Genossenschaften

Mit dem ersten Preis wurde die Berliner Genossenschaft Marzahner Tor eG für die langjährige aktive Kooperation mit dem Kinder- und Jugendzirkus CABUWAZI ausgezeichnet, die zu einer umfassenden

sozialen Stadtentwicklung vor Ort beiträgt. Besonders die langfristige, vielseitige und auf Kontinuität setzende Zusammenarbeit beeindruckte die Jury.

Ein weiterer erster Preis ging an die Wohnungsgenossenschaft „Einheit“ eG Bernau für den Umbau eines denkmalgeschützten Hauses im Stadtzentrum zu einem Wohnhaus für Behinderte. Durch eine breite Zusammenarbeit mit der Hoffnungsthaler Stiftung Lobetal wird den Bewohnern ein selbstbestimmtes Leben mit professioneller Betreuung ermöglicht. Die Jury würdigte vor allem die die Kooperationsleistung der vergleichsweise kleinen Genossenschaft, die vom Konzept bis zur Umsetzung überzeugte.

Mit dem dritten Preis wurde die Berliner Bau- und Wohnungsgenossenschaft von 1892 eG für das Projekt einer digitalen Mieter-Vernetzung in der Siedlung Schillerpark ausgezeichnet, das in Kooperation mit dem Verein „Freunde alter Menschen e.V.“ umgesetzt wird. Das geplante Onlineprojekt nutze in hervorragender Weise die digitalen Möglichkeiten für die Stärkung von Nachbarschaften, so die Jury.

Kategorie Gesellschaften

Der erste Preis wurde an die Berliner STADT UND LAND Wohnbauten-Gesellschaft für das Tanztheater-Projekt „BeVoice“ verliehen. Die Kooperation mit diversen Partnern ermöglicht es Schülern einer jährlich wechselnden Neuköllner Schule – nach der knappen Probenzeit von nur einer Woche – ein komplettes, selbst komponiertes Musiktheaterstück auf die Bühne zu bringen. Die Jury würdigte BeVoice als Projekt mit hoher Strahlkraft, das Teamgeist und Toleranz

nachhaltig fördere.

Der zweite Preis ging an die Rheinsberger Wohnungsgesellschaft mbH für die Aktivierung einer Fläche in einer sozial herausgeforderten Nachbarschaft zu einer „essbaren Wiese“, in Kooperation mit dem Verein „solanum e.V.“. Anbau und Ernte des Gemüses übernehmen Kinder mit Unterstützung von Nachbarn aus dem Viertel. Hier handele es sich um ein beeindruckendes Projekt zur erfolgreichen sozialen Integration im ländlichen Raum, so die Jury.

Mit dem dritten Preis wurde die GESOBAU AG aus Berlin für ein Integrationsprojekt ausgezeichnet, das mit diversen Partnern umgesetzt wurde. Im Märkischen Viertel wurde von 20 Geflüchteten ein aufwändig gestalteter Seilgarten unter professioneller Anleitung lokaler Firmen errichtet. Besonders gewürdigt wurde die aktive Einbindung von Geflüchteten in die konkreten Wohnumfeldgestaltung und das gleichzeitige Vermitteln neuer Kontakte.

Der BBU-ZukunftsAward

Seit dem Jahr 2000 lobt der BBU Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen anlässlich der BBU-Tage jährlich einen Wettbewerb unter seinen Mitgliedsunternehmen aus. Für den BBU-ZukunftsAward 2017 rief der Verband unter dem Motto „Erfolgsfaktor Kooperation“ zur Einreichung konkreter Projekte auf, die mit Partnern, Vereinen oder Initiativen vor Ort umgesetzt wurden. Als Preisgeld vergibt der Verband pro Kategorie 1.000 Euro für den ersten Preis, 600 Euro für den zweiten und 300 Euro für den dritten Preis.

(ebe/kön) ■

Veränderung in der Verbandsspitze des vtw

Erfurt – Der vtw Verband Thüringer Wohnungs- und Immobilienwirtschaft informierte am 3. März 2017 über eine anstehende Veränderung in der Verbandsspitze. Die bisherige Verbandsdirektorin Constanze Victor wird zum 31. Mai 2017 aus persönlichen Gründen ihre Position abgeben.

Ab dem 01. Juni 2017 wird vorbehaltlich der Zustimmung der Mitgliederversammlung **Reinhard Guhr** bis zu einer dauerhaften Neubesetzung übergangsweise die vakante Position besetzen und damit

gemeinsam mit dem Prüfungsdirektor und Wirtschaftsprüfer **Jürgen Elfrich** die Geschicke des Verbandes leiten.

Reinhard Guhr war bisher Vorstand der

Handwerksbau AG Thüringen, Wohnungsgesellschaft Weimar. Der vtw bedankt sich bei Constanze Victor für ihre außerordentlich engagierte Arbeit für den Verband und die hierbei erreichten Erfolge. (füll/kön) ■

Buchführung lernen – Speziell für Azubis

18. März 2017, Frankfurt am Main

Buchführung und Rechnungswesen sind eine wichtige Grundlage für den wirtschaftlichen Erfolg von Immobilienunternehmen. Deshalb werden von Auszubildenden in der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft fundierte Kenntnisse auf diesem Gebiet erwartet. Zudem sind sie unerlässlich für das erfolgreiche Bestehen der Abschlussprüfung. Dieses kompakte Buchführungs-Seminar für Azubis bietet die Möglichkeit, den in der Berufsschule erlernten Unterstufenstoff Buchführung aufzufrischen, zu ergänzen und zu festigen.

Weitere Infos: EBZ, Virginia Pokorski, Telefon: 0234/9447575, E-Mail: akademie@e-b-z.de, Internet: www.e-b-z.de

Etikette für Mitarbeiter im Kundenkontakt

20. März 2017, Berlin

Dieses Seminar behandelt die Themen Körpersprache, Kleidung, Small Talk und wie man es schafft, immer einen guten ersten Eindruck bei seinen Kunden zu hinterlassen. Lernziel ist, erfolgreich kommunizieren zu lernen und Stilsicherheit im Umgang mit Kleidungsfragen zu erlangen. Zur Zielgruppe gehören alle Mitarbeiter, die im direkten Kundenkontakt stehen oder stehen werden.

Weitere Infos: BBA, Reik Pries, Telefon: 030/23085521, E-Mail: reik.pries@bba-campus.de, Internet: www.bba-campus.de

4. WEG-Verwaltertage

21. März 2017, Hamburg

Auf dem Programm des 4. WEG-Verwaltertages stehen neben der aktuellen Rechtsprechung auch die folgenden Themen: Fußbodenheizungen im Wohnungseigentum, das Urteil des Bundesgerichtshofs zu Personenaufzügen im Treppenauge sowie die Vollmachtsskontrolle in der Eigentümerversammlung. Dr. Olaf Riecke, Richter am Amtsgericht Hamburg-Blankenese, und Rechtsanwalt Dr. Jan-Henrik Schmidt werden referieren.

Weitere Infos: vnw, Andrea Schwach, Telefon: 040/52011224, E-Mail: schwach@vnw.de, Internet: www.vnw.de

Vorbereitung von Aufsichtsratssitzungen

Webinar am 6. April 2017

Ob Teamsitzung, Abteilungsleitermeeting oder Gremiensitzung - immer gilt es, das Besprochene zu dokumentieren. Das Schreiben von Protokollen ist jedoch oft eine Herausforderung, weil es Hintergrundwissen, Konzentration, Struktur und sprachliches Können erfordert. Dieses Webinar richtet sich an alle, die die dazu benötigten Fertigkeiten verbessern wollen. Weiterhin erfahren die Teilnehmer viele Praxistipps, wie sie Gremiensitzungen und Veranstaltungen erfolgreich vorbereiten, durchführen und nachbereiten. Die Teilnahme ist bequem und kostengünstig vom Arbeitsplatz oder von unterwegs möglich. Es wird lediglich ein PC mit Internetzugang benötigt.

Weitere Informationen: EBZ, Andrea Bohn, Telefon: 0234/9447575, E-Mail: akademie@e-b-z.de, Internet: www.e-b-z.de

wi Wohnungspolitische Informationen

Herausgeber:
GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e. V.

Chefredakteurin:
Katharina Burkardt

Redaktion:
Andreas Schichel, Klaus Schrader,
Anne-Sophie König

Anschrift der Redaktion:
Mecklenburgische Straße 57
14197 Berlin
Tel.: 030 82403-151
Fax: 030 82403-159
E-Mail: redaktion@wi-aktuell.de

Verlag:
Haufe-Lexware GmbH & Co. KG
Munzinger Straße 9
79111 Freiburg

Standort Hamburg:
Hufnerstraße 28
22083 Hamburg
Tel.: 040 211165-32
Fax: 040 211165-3332

Aboverwaltung:
Telefon (kostenfrei) 0800 7234249
Telefax (kostenfrei) 0800 5050446
E-Mail: Zeitschriften@haufe.de

Media Sales (Print/Online):
Oliver Cekys, Tel.: 0931 2791-731
E-Mail: oliver.cekys@haufe.de
Klaus Sturm, Tel.: 0931 2791-733
E-Mail: klaus.sturm@haufe.de
Heike Tiedemann, Tel.: 040 211165-41
E-Mail: heike.tiedemann@haufe.de

Für Anzeigen gilt die Preisliste ab 1.1.2017.
www.mediacyber.haufe.de

Druck: rewi druckhaus, Wissen

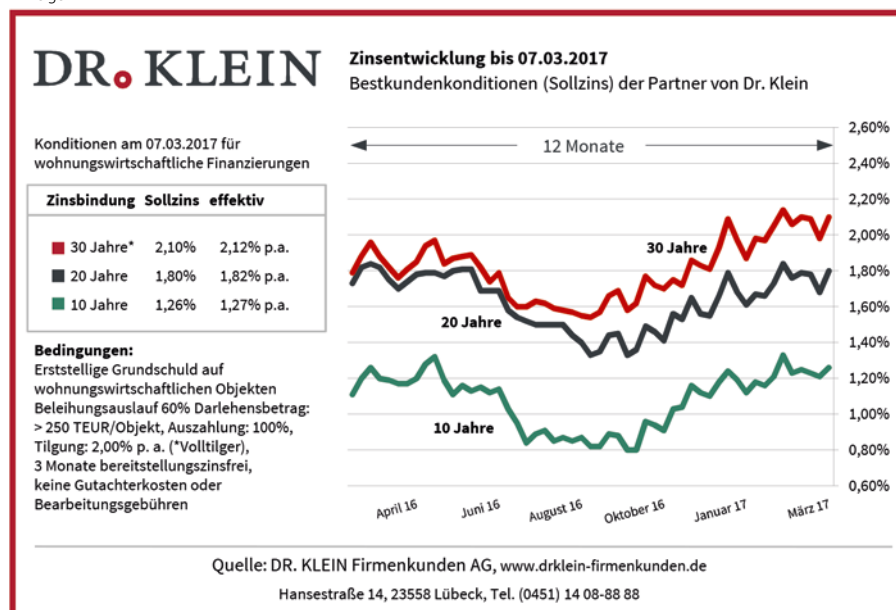
Bezugspreis jährlich:
120,75 Euro inkl. 7 % MwSt. inkl. Versand
Erscheinungsweise wöchentlich, Abonnements-
kündigungen sind schriftlich mit einer Frist von
6 Wochen zum Quartalsende möglich.

© by Haufe-Lexware GmbH & Co. KG

Nur Originalbeiträge. Für unverlangt eingese-
andte Manuskripte übernehmen wir keine
Haftung. Nachdruck oder elektronische Wei-
terverarbeitung von Beiträgen und Nachrichten
oder Teilen daraus nur nach schriftlicher
Genehmigung durch den Verlag gestattet.

ISSN 1610-2207

Anzeige

**wi Online-Archiv**

Die web-Präsenz der wi finden Sie unter **www.haufe.de/immobilien** in der rechten Seitenhälfte, indem Sie bis zum Menüpunkt „**Zeitschriften**“ nach unten scrollen und dort anhand der Menüpfeile die wi auswählen.

Um das Online-Archiv der wi nutzen zu können, klicken Sie oben rechts auf „**Anmelden**“ und geben dort Ihre E-Mail-Adresse und Ihr Passwort ein. Sollten Sie noch über kein Benutzerkonto auf **www.haufe.de** verfügen, können Sie unter „**Neuregistrierung**“ ein Konto anlegen.

Nach der Anmeldung erscheint oben rechts, neben Ihrem Benutzernamen unter „**Meine Produkte starten**“, die wi. Anschließend können Sie alle Ausgaben der wi als Blätter-PDFs auf Ihrem PC, Tablet oder Smartphone anschauen. Sollte das nicht der Fall sein, wenden Sie sich bitte an das Haufe-Service-Center unter **0800-7234253** (kostenlos) und geben dort Ihre E-Mail-Adresse an. Diese wird dann mit Ihrem Print-Abonnement der wi verknüpft – anschließend erscheint die wi als Online-Produkt in Ihrer Übersicht.

Wettbewerb zum Deutschen Bauherrenpreis 2018 ausgelobt – GdW ruft zur Beteiligung auf

Wohnungsbau ist zum öffentlichen Thema geworden wie schon seit Jahren nicht mehr. Deshalb kommt der Wettbewerb zum Deutschen Bauherrenpreis 2018 zur rechten Zeit. Er wird von der Arbeitsgruppe KOOPERATION GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen, Bund Deutscher Architekten BDA und Deutscher Städtetag (DST) ausgelobt.

„Der Wettbewerb setzt am Spannungsfeld von hoher Qualität und tragbaren Kosten an, wobei er die besondere Rolle des Bauherren hervorheben will. Seit Jahren ist der Deutsche Bauherrenpreis in der Fachwelt als wichtigster Preis im Bereich des Wohnungsbaus in Deutschland anerkannt“, erklärte Axel Gedaschko, Präsident des Spitzenverbandes der Wohnungswirtschaft GdW, anlässlich der Auslobung. Gedaschko rief insbesondere die vom GdW und seinen Regionalverbänden vertretenen Wohnungsunternehmen dazu auf, sich aktiv am Wettbewerb zu beteiligen, weil sie sich bereits in besonderer Weise beim nachhaltigen Bauen engagieren.

Zunächst ohne Differenzierung ausgelobt, wurde der Preis seit 1997 in den Kategorien „Neubau“ und „Modernisierung“ vergeben. Aufgrund der zunehmenden Komplexität und wechselseitigen Durchdringung von Neubau- und Modernisierungsvorhaben wird im Wettbewerb 2018 auf diese Trennung verzichtet. Es können sowohl reine Neubau- oder Modernisierungsprojekte als auch Mischformen eingereicht werden.

Die Auslober laden alle Interessierten ein, an diesem Wettbewerb teilzunehmen, der vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit gefördert wird. Die vom GdW und seinen Regionalverbänden vertretenen Wohnungsunternehmen sollten sich wie in den vergangenen Jahren aktiv am Wettbewerb beteiligen. (burk) ■

➔ **Einsendeschluss ist der 1. Juni 2017, die Unterlagen senden Sie bitte an:**

Bund Deutscher Architekten, Köpenicker Straße 48/49, 10179 Berlin

➔ **Die Auslobungsunterlagen finden Sie unter diesem Kurz-Link:**

<https://goo.gl/7MucGc>

Recht so

Schadenersatzanspruch des Vermieters bei verspäteter Rückgabe der Wohnung

Mit Urteil vom 18. Januar 2017 hat der Bundesgerichtshof (BGH) das Folgende entschieden: Die für vergleichbare Sachen ortsübliche Miete, die der Vermieter gemäß § 546a Absatz 1 Alt. 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs (BGB) für die Dauer der Vorenthaltung der Mietsache verlangen kann, wenn der Mieter diese nach Beendigung des Mietverhältnisses nicht zurückgibt, ist bei beendeten Wohnraummietverträgen nicht nach Maßgabe der auf laufende Mietverhältnisse zugeschnittenen Regelung über Mieterhöhungen bis zur ortsüblichen Vergleichsmiete (§ 558 Abs. 2 BGB), sondern anhand der bei Neuabschluss eines Mietvertrages über die Wohnung ortsüblichen Miete, der Marktmiete, zu bestimmen. Der Sachverhalt betraf die verspätete Rückgabe der Wohnung nach zulässiger Eigenbedarfskündigung (VIII ZR 17/16). ■

EXPERTENMEINUNG von Carsten Herlitz Justiziar des GdW

„Die Entscheidung bedeutet im Klartext, dass der Vermieter bei verspäteter Rückgabe der Wohnung durch den Mieter als Schadenersatz die bei Neuabschluss eines Mietvertrages über die Wohnung ortsübliche Miete, also die Marktmiete, verlangen kann. In aller Regel wird dieser Betrag die nach § 558 BGB zu bestimmende ortsübliche Vergleichsmiete übersteigen. Letztere ist Grundlage für die Erstellung des Mietspiegels und berücksichtigt die Mieten der letzten 4 Jahre. In Rechtsprechung und Literatur war umstritten, ob nun die Marktmiete oder die ortsübliche Vergleichsmiete Grundlage des Schadensersatzanspruchs bei verspäteter Rückgabe der Wohnung ist. Der BGH schafft mit dieser Entscheidung nunmehr Klarheit. Sinn und Zweck des § 546a BGB ist es, dem Vermieter eine Art Schadenersatz zukommen zu lassen. Der Schaden des Vermieters besteht darin, dass er die Wohnung durch die verspätete Rückgabe nicht vermieten konnte. Bei Neuabschluss kann aber der Vermieter die Marktmiete verlangen. Insofern ist es auch folgerichtig, dass sich der Anspruch des Vermieters hierauf bezieht.“ ■



Foto: Sebastian Schobbert

Zahl der Woche

41

Millionen Erwachsene lebten in Deutschland 2015 mit ihrem Partner oder ihrer Partnerin unter einem Dach. Wie das Statistische Bundesamt auf Basis des Mikrozensus mitteilt, entspricht dies 60 Prozent der Bevölkerung ab 18 Jahre. Die überwältigende Mehrheit davon lebte in einer Ehe (86 Prozent). 26,8 Millionen Erwachsene wohnten 2015 ohne Partner oder Partnerin im eigenen Haushalt (Alleinstehende, Alleinerziehende sowie ledige erwachsene Kinder im Haushalt der Eltern). Über Partnerschaften, die über die Grenzen eines Haushaltes hinweg bestehen, können auf Grundlage des Mikrozensus keine Aussagen getroffen werden. Auf Ebene der Bundesländer fallen vor allem die Stadtstaaten auf: Dort lebte 2015 nur etwa jede zweite erwachsene Person mit ihrem Partner oder ihrer Partnerin zusammen (Berlin: 49 Prozent; Bremen: 52 Prozent; Hamburg: 52 Prozent). In den Flächenländern lag der entsprechende Anteil der Bevölkerung in Partnerschaften mit durchgängig knapp über 60 Prozent deutlich höher. ■